

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Berlin, 10. Februar 2021**  
**Sperrfrist: 10:30 Uhr**

### **Sicherheitsreport 2021**

- **Covid-19-Pandemie verändert Sorgen der Bevölkerung tiefgreifend**
- **Jeder Zweite befürchtet, dass Pandemie nicht in den Griff zu bekommen ist**
- **Wachsende Zweifel an der Wirksamkeit staatlicher Hilfsprogramme**
- **Große Zustimmung für Bundeswehr als Krisenhelfer**
- **Äußere Sicherheit: veränderte Gefahreinschätzung, weniger Kriegsangst**
- **USA werden deutlich positiver gesehen - große Hoffnungen auf Präsident Biden**
- **China wird immer kritischer betrachtet**

Die Covid-19-Pandemie und ihre Auswirkungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Sorgen und Ängste der Bundesbürger. Jeder Zweite befürchtet, dass wir die Pandemie nicht in den Griff bekommen. 70 Prozent der Deutschen sind über die wirtschaftlichen Auswirkungen besorgt.

Andere Sorgen, insbesondere über den Klimawandel, die Stabilität des Rentensystems und die Furcht vor Terroranschlägen sind zum Teil deutlich zurückgegangen.

Deutlich weniger ausgeprägt ist auch die Kriegsangst der Deutschen. Die USA werden nach der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten deutlich positiver bewertet. Als immer größeres Risiko auf der internationalen Bühne wird China betrachtet.

Das sind die zentralen Ergebnisse des „Sicherheitsreports 2021“, einer aktuellen repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Centrums für Strategie und Höhere Führung und des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der Sicherheitsreport wird seit 2011 jährlich erhoben.

#### **Covid-19-Pandemie bewirkt massive Ängste - große Veränderungen der Sorgen der Deutschen**

Die Pandemie und ihre Folgen haben die Prioritäten der der Bürger tiefgreifend verändert. An der Spitze der Sorgenskala stehen mit 70 Prozent die Ängste vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise. Deutlich angestiegen ist im Vergleich zum Vorjahr auch die Sorge, dass die Lage in Europa und der Welt immer unberechenbarer wird. Ebenfalls größer geworden ist die Angst, dass sich die Gesellschaft immer mehr spalten könnte und die allgemeine Unsicherheit, wie es weitergeht.

(Graphiken 1 - 4)

"Die Bürger leiden zunehmend darunter, dass sie nicht wissen, wann der Ausnahmezustand endet und sie wieder Planungssicherheit zurückgewinnen", erklärt Professor Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach.

## **Wachsende wirtschaftliche Ängste - Zweifel an der Wirksamkeit staatlicher Hilfsprogramme**

Stark angestiegen sind auch die wirtschaftlichen Ängste der Bundesbürger. Insbesondere befürchten deutlich mehr Befragte Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit und Inflation. Befürchteten etwa vergangenes Jahr nur 12 Prozent der Deutschen arbeitslos zu werden sind es aktuell 18 Prozent.

Das Vertrauen in die Wirksamkeit staatlicher Hilfsprogramme hat stark abgenommen. Waren es im Mai 2020 noch 57 Prozent der Bundesbürger, die an die hilfreiche Wirkung der Unterstützungsprogramme glaubten, sind es jetzt nur noch 40 Prozent.

„Erstmals seit langer Zeit plagen die Deutschen wieder wirtschaftliche Sorgen. Das Thema Wirtschaft wird im anstehenden Bundestagswahlkampf eine zentrale Rolle spielen“, sagt Professor Dr. Klaus Schweinsberg, Geschäftsführer des Centrums für Strategie und Höhere Führung.

(Graphiken: 5,6)

## **Sorge um Klimawandel sinkt**

Deutliche Rückgänge gibt es dagegen bei der Wahrnehmung anderer Gefahren. So sind beispielweise die Sorge um den Klimawandel, um die Sicherheit der Renten und die Angst, dass es in Deutschland zu Terroranschlägen kommen könnte, stark zurückgegangen. Bemerkenswert ist auch, dass die Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr ganz deutlich weniger Befürchtungen hat, die Regierung könnte zu schwach sein.

Auch über die innere Sicherheit, beispielweise Terroranschläge sowie Einbruchsdelikte, macht sich die Bevölkerung weniger Sorgen als vor einem Jahr.

"Sobald die Pandemie in den Hintergrund tritt, werden andere Risiken wieder verstärkt wahrgenommen, insbesondere auch die Folgen des Klimawandels", erklärt Renate Köcher.

(Graphiken: 7-9)

## **Große Zustimmung für Bundeswehr als Krisenhelfer**

Deutlich gewandelt hat sich im Laufe der Corona-Krise die Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Bevölkerung. Den Bürgern ist in den letzten Monaten immer mehr bewusst geworden, dass die Bundeswehr als Krisenhelfer einen wichtigen Beitrag leistet. Die Deutschen sehen ein breites Spektrum an Aufgaben, zu denen die Bundeswehr in Krisenzeiten beitragen kann - beispielweise bei der Unterstützung des Gesundheitssystems, bei logistischen Herausforderungen und bei dem Schutz wichtiger Einrichtungen. Eine überwältigende Mehrheit von 81 Prozent spricht sich für Rahmenbedingungen aus, dieses Potential der Bundeswehr auch zu nutzen.

Auslandseinsätze werden dagegen überwiegend kritisch gesehen, insbesondere von der ostdeutschen Bevölkerung und in den sozial schwächeren Schichten.

(Graphiken: 10-13)

„Die Deutschen erwarten, dass die Armee im Inland helfen kann. Dafür fehlt aktuell aber eine saubere gesetzliche Grundlage und ein Kontingent von entsprechend geschulten Reservisten, wie es das beispielsweise in Frankreich oder den USA gibt“, sagt Klaus Schweinsberg.

## **Äußere Sicherheit: deutlich veränderte Gefahreinschätzung und weniger Kriegsangst**

Als wichtigste Gefahrenherde für die Sicherheit Deutschlands sieht die Bevölkerung zurzeit den IS, die Spannungen zwischen den USA und China, das Wettrüsten zwischen den USA und Russland und den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland im Mittelmeer. Den Spannungen zwischen den USA und China wird heute deutlich mehr Bedeutung beigemessen als vor einem Jahr. Als Länder, von denen in den nächsten Jahren große Bedrohungen für den Frieden ausgehen können, sehen die Deutschen vor allem Nordkorea, den Iran, China und die Türkei.

Besonders deutlich angestiegen ist dabei die Einschätzung, dass von China ein Risiko für den Weltfrieden ausgehen könnte.

Insgesamt ist die Sorge der Bundesbürger, dass Deutschland in einen Krieg oder militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden könnte jedoch stark zurückgegangen.

(Graphiken: 14-18)

## **USA deutlich positiver bewertet, große Hoffnungen auf Präsident Joe Biden**

Völlig anders sieht die Bevölkerung heute in diesem Zusammenhang die USA. Noch vor einem Jahr wurden die USA neben dem Iran als das Land gesehen, von dem besonders große Risiken für den Weltfrieden ausgehen. Aktuell glaubt dies nur noch eine Minderheit. Große Hoffnungen verbinden die Bundesbürger mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden. 59 Prozent sind der Meinung, dass mit seiner Präsidentschaft die Voraussetzungen für die Sicherheit Deutschlands besser werden, und sogar 65 Prozent befinden, dass unter Joe Biden Frieden und Sicherheit in der Welt besser gesichert werden. Auch die Verlässlichkeit der USA als militärischer Bündnispartner wird deutlich höher eingeschätzt. Waren letztes Jahr nur 21 Prozent der Deutschen dieser Meinung, sind es jetzt 31 Prozent der Befragten.

(Graphiken: 19,20)

## **Über den Sicherheitsreport**

Im zehnten Jahr in Folge hat das Institut für Demoskopie Allensbach im Rahmen des Sicherheitsreports die Bevölkerung zu persönlich empfundenen Gefahren und Risiken sowie zu Themen der inneren und äußeren Sicherheit befragt.

Zwischen 10. und 20. Januar 2021 wurden dazu im Auftrag des Centrums für Strategie und Höhere Führung 1080 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren durchgeführt.

Weitere Ergebnisse unter:  
**[www.sicherheitsreport.net](http://www.sicherheitsreport.net)**

### **Pressekontakt:**

Markus Förderl  
Markus.Foederl@glh-online.com  
0172 9051869

Dr. Markus Küppers  
[mkueppers@ifd-allensbach.de](mailto:mkueppers@ifd-allensbach.de)  
07533 805-0

## **Das Centrum für Strategie und Höhere Führung**

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung ist spezialisiert auf das Coaching und die Fortbildung von Führungskräften. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit liegt auf Trainings für das Entscheiden in komplexen Lagen und unter hoher Unsicherheit. Das Centrum wurde 2009 von Professor Dr. Klaus Schweinsberg gegründet. Als persönlicher Berater und Coach ist er für namhafte Unternehmer und Top-Manager in Asien, Europa und den USA tätig. Er ist Affiliate Professor an der ESCP Paris und Dozent in der Generalstabsausbildung der deutschen Streitkräfte. Die Standorte des Centrums befinden sich in Hamburg und in Bodman am Bodensee.

## **Das Institut für Demoskopie Allensbach**

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als »Allensbacher Institut« bezeichnet, wurde 1947 von Professor Dr. Dr. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) gegründet. Es gehört heute zu den renommiertesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach. Das Institut befindet sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach.